

## **Initiativantrag**

**der sozialdemokratischen Abgeordneten**

**betreffend**

**Standortgipfel für schnellere Verfahren bei energiewirtschaftlichen Projekten**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, ein Gipfeltreffen der relevanten Stakeholder aus Politik, Verwaltung und Energiewirtschaft einzuberufen mit dem Ziel, die Verfahren für Stromnetz- und Kraftwerksprojekte zu verkürzen und so den Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu beschleunigen.

### **Begründung**

Die aktuellen Spannungen auf den globalen Ölmärkten infolge des Irankriegs verdeutlichen erneut die wirtschaftliche Verwundbarkeit Europas durch fossile Energieimporte. Hohe Preise und Lieferrisiken unterstreichen die Dringlichkeit der Energiewende durch Elektrifizierung und den Ausbau der Erneuerbaren.

Die Technologien dafür sind markttauglich und die oberösterreichische Energiewirtschaft treibt bereits zahlreiche Projekte für die notwendige Transformation voran. Den Fortschritt bremsen jedoch komplexe und überlange Planungs- und Genehmigungsverfahren insbesondere im Rahmen von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP). Im Zusammenhang mit dem jüngst erlassenen UVP-Bescheid für die 110-kV-Stromleitung im Mühlviertel kritisierte etwa die Energie AG medial, dass die Energiewende nicht zu schaffen sei, wenn ein Verfahren knapp zwei Jahre dauert. Eine Reduktion von Komplexität und strukturellen Verzögerungen ist daher dringend geboten.

Obwohl das UVP-Verfahren dem Unions- und Bundesrecht unterliegt, verfügt das Land im eigenen Kompetenzbereich über wirksame Hebel im Sinne der „Kunst des Möglichen“. Dazu zählen gezielte Ressourcenaufstockung, der Einsatz von KI-Technologie und vor allem eine klare politische Prioritätensetzung. Von mangelnder Zielorientierung in der Standortpolitik des Landes zeugt etwa, dass bei der jüngsten Verordnung von Windkraftzonierungen unmittelbar nach Veröffentlichung bereits vom Landeshauptmann eine Nachbesserung angekündigt werden musste.

Die unterzeichneten Abgeordneten fordern daher ein zeitnahes Gipfeltreffen der Landesregierung mit Expert:innen der Verwaltung und den großen Energieversorgern, um mit deren Praxiswissen verzögernde Faktoren im bestehenden System zu identifizieren. Auf Basis dieser Analyse sollen folgende Schritte umgesetzt werden:

- Abbau von Hürden sowie offensive, zielbewusste Umsetzung von EU-Richtlinien im Landesrecht
- Verfahrensfluss straffen und Bearbeitungsstillstände minimieren
- Verbesserungspotential auch im Bundesrecht aufzeigen (UVP-Gesetz)

Für einen Bauboom bei erneuerbaren Kraftwerken, Speichern und Netzinfrastruktur braucht es eine koordinierte Anstrengung des Landes, der Energieversorger, Gemeinden, Unternehmen und privaten Investor:innen – für Energiesicherheit, Klimaneutralität und einen starken Wirtschaftsstandort.

Linz, am 14. April 2026

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Antlinger, Haas, Heitz, Höglinger, Knauseder, Margreiter, Schaller, P. Binder, Strauss, Wahl, Engleitner-Neu**